

Neues zum Skandal-Gefängnis

Es ist nicht lange her, dass der Schrägstrich Knast (CPL) durch die Selbsttötung eines Gefangenen Schlagzeilen machte. Der ADR-Abgeordnete Aly Jaerling hat deshalb eine ausführliche Question parlementaire an den Justizminister gerichtet. Darin fragte er unter anderem nach konkreten Vergleichszahlen hinsichtlich Suiziden in den Nachbarländern sowie nach einer Stellungnahme zu den Vorwürfen, die Häftlinge in einem Brief an die Presse formuliert hatten. Nun ist die Antwort da, und sie fällt - wie so oft bei diesem Thema - äußerst kurz aus. Elf Selbstmorde habe es in fünf Jahren im CPL gegeben, kein besonderes, auf Luxemburg beschränktes Phänomen. Zahlen aus den Nachbarländern nennt Luc Frieden keine. Die "Behauptungen der Häftlinge", wonach einige Wärter wegen ihres aggressiven Verhaltens an den Selbsttötungen mitverantwortlich seien, und die Gefängnisleitung Fehlverhalten von Untergebenen decken würde, weist Frieden ebenfalls zurück. Sein zuständiger Procureur Général habe die Anschuldigungen als grundlos bezeichnet.

"Ein starkes Stück", empört sich Jaerling gegenüber der woxx über die kurz angebundenen Antworten des Justizministers. Der ADR-Abgeordnete ist sich sicher, dass an den Vorwürfen "etwas dran ist" und will "der Sache nachgehen".

Höchste Eisenbahn für Doppelpass

Das Ergebnis zu Gunsten der doppelten Staatsbürgerschaft fiel deutlich aus: Laut ILReS-Umfrage sind 74 Prozent der LuxemburgerInnen für die Einführung des Doppelpasses. Das Meinungsforschungsinstitut hatte im September 494 Personen im Großherzogtum befragt. "Un pas vers une politique d'intégration volontariste" würde die doppelte Staatsbürgerschaft bedeuten, erklärte die Asti zu dem Umfrageergebnis. Bei 88 Prozent liegt die Zustimmungsrate unter den in Luxemburg lebenden PortugiesInnen, der größten ausländischen Gemeinschaft hierzulande, unter anderen Nicht-LuxemburgerInnen liegt sie sogar bei 95 Prozent. Für viele AusländerInnen stellt die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft das größte Hindernis dar, eine luxemburgische zu beantragen. Deshalb ist es höchste Eisenbahn für eine Gesetzesänderung: "Le train de l'histoire est sur le point de partir", so die Asti. Die größte Hürde für einen legislativen Schritt ist hingegen die CSV, die sich gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft ausspricht - im Gegensatz zu DP, LSAP, Déi Gréng und déi Lénk. Einer der wenigen Lichtblicke im christlich-sozialen Lager: Premier Jean-Claude Juncker ist für den Doppelpass.

Institutionnalisier le "durable"

Dans le cadre du débat d'actualité sur les conclusions de Johannesburg à la Chambre, le député Vert Robert Garcia a déposé une proposition de loi créant un cadre institutionnel et procédural pour la politique du développement durable au Luxembourg. Contrairement à d'autres pays, il n'existe ici ni de "task force" au sein de l'administration, ni d'interface avec la société civile, ni de structures de suivi indépendantes, explique le texte accompagnant la proposition.

Comme le développement durable est un sujet central, Robert Garcia souhaite en attribuer la responsabilité politique au ministre d'Etat. Celui-ci serait assisté d'un "Institut national du développement durable" chargé d'élaborer un Plan national du développement durable, sous une forme légalement contraignante, et de coordonner sa réalisation. Afin d'impliquer la société civile, un "Conseil supérieur du développement durable" serait créé et assisté par un observatoire scientifique indépendant. Ce Conseil supérieur, propose Robert Garcia, reprendrait des missions élargies de l'actuel "Conseil économique et social", qui serait alors aboli. Voilà comment joindre l'utile à l'agréable ...

AFTER PISA

Von den Finnen lernen?

Unterricht in Laborklassen, regelmäßige Treffen zwischen Uni, Schule und StudentInnen - in Finnland steht Praxisnähe bei der Lehrerausbildung hoch im Kurs.

(ik) - "Was macht Finnland anders als andere?" so lautete der Vortrag zu dem die Lehrer-Gewerkschaften SEW und FGIL am vergangenen Freitagabend geladen hatten. Vor rund 80 ZuhörerInnen erläuterte der Erziehungswissenschaftler Matti Meri von der Universität Helsinki Aspekte der finnischen Lehrerausbildung. Seit finnische SchülerInnen bei der PISA-Studie so gut abgeschnitten hatten, pilgern MinisterInnen, MinisterialbeamtInnen, LehrerInnen und Gewerkschaften in das Land im hohen Norden und kehren meist voll des Lobes zurück. Da bildet Luxemburg auch keine Ausnahme. "Das finnische Schulsystem bietet zahlreiche Anregungen, die auch für uns interessant sein könnten", sagte Monique Adam vom SEW bei ihrer Begrüßungsrede.

Beindruckt zeigt sich die Gewerkschaft unter anderem von der - praxisnahen - Hochschulausbildung sowohl für Vor- und GrundschullehrerInnen als auch für das Lehrpersonal der Gesamtschule (1. - 9. Klasse) und der gymnasialen Oberstufe (10. - 12. Klasse). "In Finnland", so erklärte Matti Meri, "bekommen alle StudentInnen von Studienbeginn an eine Klasse zugeteilt, in der sie zunächst hospitieren und später dann im Rahmen eines selbst definierten Lehrziels und mit Unterstützung eines Tutors unterrichten lernen". In diesen "Laborklassen"

lernen die angehenden LehrerInnen und KindergärtnerInnen die realen, praktischen Anforderungen des Unterrichts kennen, die sie später in Seminaren mit ihren Professoren theoretisch, also erziehungswissenschaftlich, untermauern.

Eine Herangehensweise, die auch das luxemburgische Unterrichtsministerium lobt. "In Finnland baut die Theorie auf der Praxis auf", erläutert Siggy Koenig, das habe er "sehr interessant" gefunden. Auf Praxisnähe in der Ausbildung, das stellt der erste Regierungsberater im Unterrichtsministerium fest, lege sein Ministerium ebenfalls viel Wert. "Wir sagen den Tutoren und Ausbildern, dass der Unterricht so praxisnah wie möglich gestaltet sein soll."

Die Realität sieht aber anders aus. So ist zwar innerhalb der dreijährigen Ausbildung der Vor- und GrundschullehrerInnen an ISERP und Centre universitaire (CUNLUX) auch ein sieben- bis neunwöchiges Praktikum vorgesehen, StudentInnen bemängeln jedoch wiederholt, das Niveau in den Kursen sei sehr unterschiedlich. Von einer fundierten Universitätsausbildung wie in Finnland kann hierzulande zumindest für die GrundschullehrerInnen nicht die Rede sein.

Auch bei den GymnasiallehrerInnen mit Hochschulabschluss gibt es nach Ansichten der Gewerkschaft gravierende Mängel in der Ausbildung. Der sechs-tri-

mestrige "stage pédagogique" wird vom SEW trotz einer Reform vor drei Jahren kritisiert. "Der Kurs über Schulrecht wurde eingeführt, aber alle anderen Kritikpunkte sind immer noch aktuell", sagt Guy Foetz, SEW-Vizepräsident gegenüber der woxx. Vor allem organisatorische Fehlplanungen würden dazu führen, dass die Studenten zwischen Schule und CUNLUX hin- und her rennen. "Da bleibt kaum Zeit, auftauchende Probleme, egal ob praktischer Art oder theoretischer, ausführlich zu besprechen." Centre universitaire und die Tutoren an den Schulen hätten wenig miteinander zu tun. Ein Umstand, der in Finnland undenkbar ist. Dort, so betont Matti Meri, besprechen Professoren, Lehrer und die Studenten regelmäßig die gesammelten Erfahrungen, stimmen Praxis und Theorie genauestens aufeinander ab.

Die Situation in Luxemburg, so Foetz, könnte sich zwar verbessern, wenn - wie geplant - CUNLUX, ISERP und IES räumlich zusammengelegt werden, allerdings seien die Einrichtungen sehr unterschiedlich darauf vorbereitet.

Ein Problem aber wird wohl immer bestehen bleiben: Die Tatsache, dass luxemburgische GymnasiallehrerInnen an ausländischen Universitäten in erster Linie Fachwissen und wenig bis keine erziehungswissenschaftliche Kenntnisse erlangen, macht eine frühzeitige und zudem auf landesspezifische Bedürfnisse ausgerichtete Verbindung zwischen Praxis und Theorie nicht möglich.

**DEUTSCHE WAHL**

Start der Super-Regierung

Das rot-grüne Manifest ist unterzeichnet. Nach 14 Tagen Verhandlungen endeten am Mittwoch in Berlin die Koalitionsverhandlungen. Aufbruchstimmung kam dabei nicht auf.

(dw) - "Wir schaffen das." Gerhard Schröder, medialer Meister im Think positive, hat Mühe, seine Message überzeugend rüberzubringen. Hinter ihm liegen 14 Tage harter Koalitionsverhandlungen, zwei Wochen, in denen Ernüchterung nach dem glücklichen Wahlsieg eintrat. Kein Zweifel: Visionen für den Aufbruch in bessere Zeiten sucht man vergeblich in der 88 Seiten langen rot-grünen Fibel, die der deutsche Bundeskanzler zusammen mit Außenminister Joschka Fischer siegesbewusst hochhielt. Der Koalitionsvertrag enthalte ein "anspruchsvolles und realistisches Programm". Um es zu bewältigen, zählt der SPD-Chef auf die Gemeinschaft der Deutschen, die er in den letzten Tagen immer wieder gerne an die Soli-Stimmung nach der Flutkatastrophe erinnert. Die Kraft der Koalition reiche nicht aus, so der Kanzler, gefragt sei auch das Verantwortungsgefühl der BürgerInnen.

"Das wird alles andere als einfach", so die Prognose des Vizekanzlers, der "vier schwierige aber chancenreiche Jahre" vor sich liegen sieht. Die rot-grünen Perspektiven-Diskussionen wurden vor allem von jenem riesigen Krater bestimmt, der sich am Montag nach dem Wahlsonntag plötzlich aufgetan hatte: Quasi über Nacht hatte sich ein Finanzloch von 14,2 Milliarden Euro in die Haushaltskasse ge-

bohrt. Und so standen diese Koalitionsgespräche wie keine anderen unter dem Sparzeichen.

Um finanzielle Engpässe und die großen Herausforderungen der Bundespolitik unter einen Hut zu bekommen, erfand Schröder ein neues Mittel: den Super-Minister. Wolfgang Clement, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen soll als Superman die Welten der Arbeit und der Wirtschaft so miteinander verbinden, dass sich das möglichst positiv auf die Arbeitslosen-Statistik auswirkt. "Wir bringen mehr Menschen in Arbeit", so das Versprechen im rot-grünen Vertragswerk. Neu im Kabinett sind auch der Ex-Ministerpräsident aus Brandenburg Manfred Stolpe (Minister für Verkehr, Bau und Aufbau Ost), die Ostdeutsche Brigitte Zypries (Justiz) und die Chefin der Bayern-SPD, Renate Schmidt (Familie).

Kein grüner Vertrag

Nichts Neues bei den Grünen, die vor allem auf letzteren Posten spekuliert hatten. Im Amt bleiben Jürgen Trittin (Umwelt), Renate Künast (Verbraucher und Landwirtschaft) und Joschka Fischer (Auswärtiges Amt). Auch wenn ihren Ministerien zum Teil höhere Kompetenzen zugesprochen wurden, so trägt dieser Vertrag doch keine grünere Handschrift als der vorherige. Schröder setzte sich in den Hauptpunkten durch, nachge-

ben musste er nur selten. Das, obwohl der kleine Koalitionspartner eindeutig gestärkt aus dieser Wahl hervorging. Doch Koalitionsgefeilsche will gelernt sein, und da fehlt es der Ökopartei offenbar an Erfahrung.

Besonders tief dürfte der Schmerz der Grünen sitzen, erneut in Sachen Atomausstieg zurückzustecken. Ein Nachtrag, der in dem ohnehin dunklen Kapitel grüner Regierungsgeschichte kaum mehr vorstellbar war: Das Kernkraftwerk Obrigheim darf zwei Jahre länger als geplant am Netz bleiben. Ein Schlag ins Gesicht des Umweltministers, der mit seinem Atomkonsens bereits zahlreiche Atomkraft-GegnerInnen verprellt hatte und nun den in der Partei verbliebenen AKW-SkeptikerInnen die neue Kanzlertour verkaufen muss. Gerhard Schröder hatte höchstpersönlich dem Chef der Obrigheimer Zentrale das Ja-Wort für weitere zwei Jahre gegeben. Dass die Staatsanwaltschaft Mosbach inzwischen gegen das Leitungspersonal des Reaktors ermittelt, weil möglicherweise gegen Sicherheitsvorschriften verstoßen worden ist, tat der Schröderschen Abmachung keinen Abbruch. Nun hoffen die grünen Partei-Oberen darauf, dass die Basis sich auf dem Parteitag am Wochenende für Rot-Grün und gegen den planmäßigen Atomausstieg entscheidet. Daran, dass diese Rechnung aufgehen wird, zweifelt niemand so recht, auch wenn in den Medien einmal mehr die berühmte "grüne Zerreißprobe" heraufbeschworen wird.